

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 12

Artikel: Durch Volksfront zur Diktatur?
Autor: Keller, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338740>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Durch Volksfront zur Diktatur?

Seitdem sich die französischen Sozialisten und Kommunisten auf ein gemeinsames Wahlprogramm einigen konnten, spricht man mehr und mehr auch von «kontinentalen Volksfrontplänen». Als im Mai der französische KP-Chef Marchais seinen italienischen Kollegen Berlinguer in Bologna traf, wurde eine Aktion beschlossen, die «gemeinsame Initiativen der kommunistischen und sozialistischen Parteien und repräsentativer katholischer Kräfte» zu entwickeln sucht. Man hört bereits von Kontakten zwischen Sozialisten und Kommunisten in Belgien und Schweden. Selbst in Genf wurde am 25. Mai eine gemeinsame Erklärung der Sozialdemokratischen Partei und der Partei der Arbeit veröffentlicht, die für die Grossratswahlen vom Oktober eine Zusammenarbeit in zahlreichen Fragen ankündigte. Die Erklärung schloss mit der Parole: «Vereinigung der Kräfte der Linken, Unterpfand des Erfolges».

Die Kommunisten machen nirgends ein Hehl daraus, dass sie mit einer siegreichen Volksfront noch nicht am Ziel sein werden. Marchais schreibt im Vorwort zu dem in den «Marxistischen Blättern» auf deutsch erschienenen «Gemeinsamen Regierungsprogramm» ganz deutlich: «Es handelt sich nicht um ein sozialistisches Programm.» Man muss wissen, dass sich die Marxisten-Leninisten an den Leninschen Begriff von Sozialismus halten. Marchais sagt klar, was darunter zu verstehen ist, indem er fortfährt: «Die sozialistische Gesellschaft gründet sich im wesentlichen auf das gesellschaftliche Eigentum an der Gesamtheit der grossen Produktions- und Verteilungsmittel, auf die Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den andern Schichten der arbeitenden Bevölkerung.» Es ist die Diktatur des Proletariats, wie Marx sie in seiner «Kritik des Gothaer Programms» gefordert hat. Er nannte sie die erste Phase des Kommunismus, auf welche als zweite Phase das Absterben des Staates folgen soll. Lenin nannte in «Staat und Revolution» nur die letzte Phase Kommunismus, während er für die Diktatur das Wort Sozialismus wählte. Daher nennen sich heute die Diktaturen im Osten sozialistische Republiken, und daher enden die Reden der Agitatoren mit dem Ruf: «Vorwärts zum Kommunismus!» Wenn die meisten Parteien sich kommunistisch nennen, bekennen sie sich damit zu einem Fernziel, das nicht nur Aussenstehende utopisch anmutet, sondern auch von Lenin nicht als Gewissheit, sondern nur als grosse Hoffnung bezeichnet worden ist. Solange innere oder äussere Feinde zu fürchten sind, kann ein sozialistischer Staat die Diktatur nicht abbauen.

Aber im Westen sind die Kommunisten noch viel weiter vom Ziel. Nicht einmal eine Volksfront hat Wahlen gewonnen, obschon in Frankreich fast die Hälfte der Wähler diese Politik unterstützt hat. Aber ein

halbfaschistisches Wahlgesetz vermochte im Parlament den Volkswillen zu verfälschen.

Während die Diktatur des Proletariats die *Gesamtheit* der Produktions- und Verteilungsmittel verstaatlicht, hat man sich im Volksfrontprogramm nur auf die Nationalisierung eines kleinen Teils geeinigt. Marchais schreibt: «Die Verstaatlichung betrifft also nur die Monopolgiganten . . . die Produktion der betroffenen Industriegruppen stellt für sich allein genommen 15 Prozent des Bruttosozialprodukts dar . . . Es bleibt also ein umfangreicher privater Sektor bestehen.»

Und während im marxistisch-leninistisch verstandenen Sozialismus die Macht von der «arbeitenden Bevölkerung» und somit nicht mehr von Kapitalisten, die weitgehend von ihren Zinsen leben, ausgeübt wird, hält das Volksfrontprogramm am *Pluralismus* der Parteien fest.

Aber Marchais sagt ganz offen: «Mit der Annahme dieses Regierungsprogramms haben wir also keineswegs auf unseren revolutionären Kampf für den Sozialismus verzichtet.» Das Wort vom revolutionären Kampf könnte vermuten lassen, dass man nach dem Sieg der Volksfront eines Tages mit Gewalt die Opposition unterdrücken will. Das wäre ein Verrat am Programm. Der Begriff Revolution wird von den Marxisten aber in einem weiteren und einem engeren Sinn verstanden. Auch der *demokratische* Sieg der Idee der Diktatur wird als Revolution bezeichnet. Marchais sagt: «Die Arbeiterklasse, die Gesamtheit der Werktätigen müssen von der Idee und der Praxis einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft ergriffen werden. Wir sind der Meinung, dass die Demokratie mit fortgeschrittenem wirtschaftlichem und sozialem Inhalt und der Erfolg des gemeinsamen Programms in weiterer Entwicklung eine Form des Uebergangs zum Sozialismus in Frankreich bilden können.»

Nur in einem übertragenen Sinn des Wortes könnte die Volksfront für die Sozialdemokraten eine tödliche Gefahr bedeuten, nämlich dann, wenn die gemeinsame Politik so erfolgreich wäre, dass eine *Mehrheit* des Volkes finden würde, eine Rückkehr zur bürgerlichen Politik wäre so schlimm, dass man ihr am besten dadurch einen Riegel schiebt, dass man alle bürgerlichen Parteien und auch die Sozialdemokraten verbietet. Das heisst also: Nur wenn die KP mehr als 50 Prozent der Stimmen erhielte, wäre die SP am Ende. Es wäre eine demokratische Niederlage!

Eine gewaltsame Revolution in einem NATO-Staate ist von links nicht möglich, denn Artikel 4 des Atlantikpaktes besagt, dass die Verbündeten einander auch zu Hilfe eilen, wenn in einem Teilnehmerstaat eine Aggression von *innen* erfolgt. Wenn es sich um einen Rechtsputsch handelt wie in Griechenland, «vergisst» die NATO aber diesen Artikel. Seit 1949 wissen die Kommunisten in den NATO-Ländern, dass ein Umsturzversuch von links zur Intervention der Amerikaner und der anderen Verbündeten führen würde. Daher schalteten sie vom Tag der NATO-Gründung an in Europa auf Friedenspolitik um und malte Picasso die Frie-

denstaube. Nur maoistische und trotzkistische Splittergruppen träumen weiter von der «permanenten Revolution».

Mehr Anhänger findet die Diktatur des Proletariats! Sie war früher auch ein Programmpunkt *unserer* Partei. Im neuen Programm von 1935 aber wurde dieser Weg nur noch Parteien zugestanden, die unter dem Joch des Faschismus schmachten. Die Stelle lautet: «Die Grundlage der Tätigkeit der SPS ist die Demokratie. So sehr in den Ländern mit faschistischer Diktatur, in denen alle Rechte und Freiheiten des Volkes unterdrückt sind, der illegale, revolutionäre Kampf in allen seinen Spielarten und am Tag nach der Revolution in diesen Ländern die Diktatur des Übergangs als ein Gebot selbstverständlicher Notwehr und Selbstbehauptung anzuerkennen ist, so falsch und verhängnisvoll wäre es, würde sich die sozialdemokratische Volksbewegung unter den ganz andern geschichtlichen und politischen Verhältnissen des Landes diese Mittel und diese Ziele sich zu eigen machen.»

Das faschistische Joch wurde dann aber nicht durch revolutionäre Parteien, sondern dank dem Sieg der Alliierten beseitigt. Die «Diktatur des Übergangs» wurde nur im Osten errichtet, wozu nicht nur die Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten und Linksbürger Hand boten. In Ostdeutschland wurde die «Sozialistische Einheitspartei» SED gegründet, in andern Volksdemokratien übernahmen Nationale Fronten die Führung. Wie es in unserem Programm von 1935 erkannt wurde, ist eine solche Diktatur ein Gebot der Selbstbehauptung, denn in Ländern mit faschistischer oder feudaler Tradition ist das Bürgertum nicht bereit, sich an die Spielregel der Demokratie zu halten. Von Südamerika bis Spanien, Griechenland und Arabien können wir immer wieder beobachten, dass Offiziere mit einem Putsch die Macht übernehmen, wenn die Linke auch nur demokratisch erstarkt. Gäbe es in Osteuropa keine Diktatur der Linken, so hätten wir auch dort heute überall Obristen an der Macht. Im besiegten Westdeutschland gab es freie Wahlen mit dem Sieg Adenauers. Dieser hat denn auch die KPD im Augenblick verboten, wo er fürchtete, sie könnte erstarken und die BRD könnte in den «Sog des Ostens» geraten. Gegen die SPD konnte er nicht so forsch vorgehen, weil sein Land demokratische Besatzungstruppen hatte. Wären die deutschen Kapitalisten unter sich, so hätten sie bestimmt weniger Hemmungen, die Linke mit Verboten in Schach zu halten, sobald diese eine Volksfront mit einem Verstaatlichungsprogramm bilden wollte. Da ausserdem die SPD in Godesberg ihren Radikalismus milderte und das amerikanisch geförderte «Wirtschaftswunder» linksextreme Untergrundströmungen grösseren Ausmasses verhinderte, konnten die deutschen Kapitalisten das demokratische Spiel ohne grosse Sorge mitmachen. Immerhin empfinden besonders die westdeutschen Kleinbürger den Sieg Brandts und Scheels als Katastrophe. Wer in der BRD herumhorcht, kann eine Untergangsstimmung beobachten. Man sieht Gespenster, befürchtet eine Volksfront, obschon DKP und

KPD usw. nur kleine Splittergruppen darstellen, und kann nicht glauben, dass in einer Volksfront die Kommunisten sich an die Spielregeln der Demokratie halten würden. In den bürgerlichen Hirnen geht das «Gespenst des Kommunismus» um wie im letzten Jahrhundert, als Marx und Engels ihr Manifest schrieben. Eine Klasse, welche die Wirklichkeit dermassen verkennt, wäre imstande, die Linke mit undemokratischen Mitteln zu unterdrücken, wenn keine Besatzungsmacht über sie wachen würde.

Noch weniger zuverlässig wäre das demokratische Gewissen der Kapitalisten in Osteuropa, wenn man ihnen nach dem Krieg Freiheit gewährt hätte. Die Diktatur des Proletariats ist dort ein Gebot der Selbstbehauptung, was das SPS-Programm von 1935 klar vorausgesehen hat.

Im Westen aber könnten siegreiche Volksfronten Arbeitslosigkeit und Teuerung durch Planung und Preis- und Kapitalkontrolle so gründlich beseitigen, dass die bürgerliche Opposition zusammenschmelzen und sich die Frage der Diktatur zur Verhinderung eines Rechtsputsches gar nicht mehr stellen würde!

Redaktioneller Nachsatz:

Dr. Franz Kellers Beitrag ist bereits im Monat Juli 1973 bei der Redaktion eingegangen. Die Veröffentlichung musste aber aus technischen Gründen immer wieder zurückgestellt werden. Er hat angesichts der Ereignisse in Chile an Aktualität erheblich gewonnen. Aber gerade das Beispiel von Allende zeigt, wie ein Amalgam von Sozialdemokratie und Linksradikalismus direkt zum Faschismus führen kann.

Die Gedankengänge von Dr. Keller dürften sich für eine grundsätzliche Diskussion eignen. Ohne ihr vorgreifen zu wollen, sei schon hier auf einen eklatanten Widerspruch hingewiesen: Dr. Keller macht sich keine Illusion darüber, dass eine Sozialdemokratische Partei abdanken müsste, wo die KP mehr als 50 Prozent der Bevölkerung für sich gewinnen könnte. Soll also die SP Entwicklungshilfe leisten für eine Partei, in deren Schoss eine antisozialdemokratische Zeitbombe tickt?

Erkläre mir Franz Keller nur
diesen Zwiespalt der Natur.

R. L.